



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

**Christian Dürr**

Mitglied des Landtages  
Umweltpolitischer Sprecher  
der FDP-Landtagsfraktion

**Wahlkreisbüro**

Brookdamm 40  
27777 Ganderkesee  
Tel.: (04222) 400 0850  
Fax: (04222) 400 0860

**Landtagsbüro**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Tel.: (0511) 3030-3405  
Fax: (0511) 3030-99-3405

Mobil: (0177) 372 6186

E-Mail: [mail@christian-duerr.de](mailto:mail@christian-duerr.de)

Internet: [www.christian-duerr.de](http://www.christian-duerr.de)

**Rede zum Antrag Zukunftstaugliche Regelungen im EU-Chemiekalienrecht  
sicherstellen**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/1272 (Einzige [abschließende]  
Beratung)

72. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 07. Oktober 2005

**Christian Dürr (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das, was wir heute machen, ist tatsächlich etwas sehr Innovatives. Es freut mich, dass wir es erreicht haben - ich will nicht sagen, in letzter Minute, aber auf jeden Fall rechtzeitig, und das ist das Allerwichtigste -, letztendlich zwei Anträge zumindest einstimmig zu beschließen. Wir sind zwar vielleicht noch in Nuancen unterschiedlicher Auffassung, aber in fast allen Kernpunkten sind wir uns einig. Das freut mich ganz besonders.

Wenn wir eine Lehre aus dem Thema REACH ziehen müssen, dann die, dass es richtig war, sich als Landtag bei europäischen Richtlinien - und wir kennen die Debatte um FFH und die Feinstaubdiskussion, die wir im Landtag schon geführt haben - frühzeitig einzumischen und eben nicht erst dann, wenn der Bundesrat gegenüber der Europäischen Union dazu endgültig Stellung nimmt. Wir kennen diese Bundesratsdrucksachen aus den Ausschüssen. Das wäre dann sicherlich zu spät. Insofern ist es richtig, die Arbeit der Europäischen Kommission frühzeitig konstruktiv und - das sage ich ganz deutlich - auch kritisch zu begleiten.

(Zustimmung bei der FDP)

Ein Lob will ich aber auch in Richtung Landesregierung los werden, und zwar: Die Landesvertretung in Brüssel - wir waren mit dem Umweltausschuss ja da - hat hervorragende Zulieferarbeit geleistet. Dem dortigen Referenten sei herzlich gedankt. Es hat mich sehr gefreut, dass wir das Thema Hand in Hand begleiten konnten. Nun ein paar Worte zur aktuellen Situation bei REACH: Der Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes hat dem Parlament jetzt eine Beschlussempfehlung übergeben. Diese wird dann, soweit ich informiert bin, beim nächsten Plenum in Straßburg beraten. Meines Erachtens sind einige Mängel, die man bei REACH bereits beseitigt hatte, wieder in den Richtlinienentwurf hineingekommen.

Ich will an dieser Stelle ein Beispiel nennen, und zwar den Sicherheitsbericht für alle alten Stoffe. Der Kommissionsvorschlag war ja zunächst, diesen erst ab 10 t pro Jahr zu fordern. Ich befürchte ein wenig, dass das zu einer Belastung der kleinen und mittelständischen Unternehmen führen würde, wenn wir im weiteren parlamentarischen Verfahren keine Änderung erreichen. Ich sage das deshalb, weil in Niedersachsen insbesondere die kleinen und mittleren chemischen Unternehmen eine ganz wichtige Rolle im Bereich der chemischen Industrie spielen. So sind beispielsweise im Walsroder Dreieck viele überaus innovative kleine und mittlere chemische Unternehmen tätig. Wir müssen aufpassen, dass es nicht zu einer Belastung kommt.

Auf einen Einwand von Frau Kollegin Rakow will ich noch einmal eingehen. Im Zusammenhang mit dem Stichwort „bisher unbekannte Gefahren“ haben Sie das Beispiel Pommes Frites und Tüten genannt. Diese Gefahren werden jetzt erkannt. Man darf nicht vergessen, dass das ein Beitrag der Forschungs- und Entwicklungsarbeit der chemischen Industrie ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Insbesondere die chemische Industrie selbst trägt also dazu bei, dass bisher unbekannte Gefahren minimiert werden. Lassen Sie mich zum Schluss den wichtigen Punkt Produktsicherheit und Verbraucherschutz ansprechen. Wir müssen ganz dringend aufpassen, dass der REACH-Entwurf nicht zu Produktionsverlagerungen ins Ausland führt, denn dann haben wir mit REACH das Gegenteil dessen erreicht, was wir eigentlich erreichen wollten. Dann haben wir das Problem, dass die

Produktion nicht nach den guten europäischen Standards erfolgt, sondern im Ausland, was dazu führt, dass die Produkte am Ende nicht sicherer, sondern unsicherer geworden sind. Das Thema WTO-Kompatibilität und wirkliche Verbrauchersicherheit ist mir eine Herzensangelegenheit. In diesem Sinne sollten wir das weitere REACH-Verfahren begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -  
Zustimmung von Dorothea Steiner  
[GRÜNE])

*Quelle: Stenographischer Bericht der 72. Sitzung des Niedersächsischen Landtags,  
herausgegeben am 20.10.2005*